

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Vtr. 33.

Mittwoch den 8. Februar 1922

112. Jahrgang.

Der Eisenbahnerstreik beendet.

Die Einigungsformel.

„Disziplinierung nach dem vom Gesamtkabinett anzustellenden Richtlinien“.

Berlin, 8. Februar. Die Besprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks geführt wurden, wurden gestern nachmittag vom Reichsminister mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und einem Vertreter der Postgewerkschaft wieder aufgenommen. Sie führten um 9 Uhr abend zu einem positiven Ergebnisse. Die Verhandlungen bezogen sich zuletzt nur noch auf die Frage der Disziplinierung ausländischer Beamter. Nachdem die Beamtenvertreter unter insofern günstigen Voraussetzungen den abschließenden Abbruch des Streikes in Aussicht gestellt hatten, wurden zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft zu einer letzten Aussprache herbeigeholt. Es wurde über folgende Erklärung Übereinstimmung erzielt, nach dem das Kabinett von dem Gange der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom Reichsminister vorgelegte Ergebnis gebilligt hatte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsgewerkschaft gibt die Erklärung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft für beendet erklären wird, nachdem der Reichsminister seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streikes die Disziplinierung nach dem vom Gesamtkabinett anzustellenden Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streikes in der Anwendung und Durchführung der disziplinarischen Maßnahmen von Massendisziplinierungen und Massenentlassungen absehen. Den nachstehenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich völlig gewahrt werden.

Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, nach am gestrigen Abend an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Befehle zum Abbruch des Streikes ergehen zu lassen.

Berlin, 8. Februar. Auch der Deutsche Eisenbahner-Berband droht seinen Ortsgruppen das Streikende und fordert zur Arbeitsaufnahme auf.

Grüner über die Frage der Maßregelung.

Montag abend erschienen zwei Führer des deutschen Beamtenbundes beim Reichsverwaltungsminister, um seine Stellungnahme zur Frage der Maßregelung kennen zu lernen. Der Minister schloß ihre die Rechtslage wie folgt:

Die nach dem Beamtengesetz und anderen gesetzlichen Bestimmungen eingeleiteten Disziplinarverfahren werden durchgeführt, soweit es sich um unfähigere Beamte handelt. Soweit gegen fähigere Beamte Entlassungen ausgesprochen worden sind, bleiben diese aufrechterhalten. Es rühe jedoch diesen Beamten das gesetzliche Rechtsmittel zur Verfügung, so daß also etwaige Irrtümer richtiggestellt werden können. Soweit es sich um Mittläufer handelt, also um solche Streikende, die nicht Führer gewesen sind, so ist natürlich an eine Massen-Disziplinierung keineswegs zu denken. Es soll in den einzelnen Direktionsbezirken festgestellt werden, inwieweit die Beamten am Streik teilhaftig waren. Es sollen darüber Listen angefertigt werden. Nach deren Prüfung wird der Minister entscheiden, ob gegen einen Beamten disziplinarisch vorgegangen werden soll oder nicht. Was die Arbeiter betrifft, so werden sie nach den örtlichen Bedürfnissen wieder eingestellt werden.

Gestern keine Reichstagsstiftung.

Die gestrige Sitzung des Reichstages fiel aus. Die Abgeordneten wurden gebeten, baldmöglichst nach Berlin zu kommen. Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich am

Donnerstag stattfinden. Es hatten sich gestern nur etwa 150 Abgeordnete eingefunden.

Die Streikhege der Reichsgewerkschaft.

Streikparole für die Reichspostbeamten.

Der Aktionsausschuß der Reichsgewerkschaft tagte während des Dienstags bis in die späten Nachmittagsstunden hinein, um zur Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Sitzung war, daß die Reichsgewerkschaft nun den Rücktritt des Reichspostministers Croener fordert, der sich zu sehr feigegehe habe, um einen Ausgleich mit den Beamten finden zu können.

Welter wurde befohlen, daß die Reichspostbeamten am Mittwochmorgen 8 Uhr in den Streik treten sollen, während die Post- und Fernsprechanlagen zunächst noch die weitere Entlastung der Dinge abwarten wollen. Der Abgeordnete Hermann Müller verhandelte im Laufe des Tages mit den Beauftragten des Aktionsausschusses, doch ist man in der Reichsgewerkschaft der Ansicht, daß eine Vermittlung kaum den gewünschten Erfolg haben wird, da die Reichsgewerkschaft als Grundbedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit die völlige Ausschließung aller am Streik Beteiligten und die Zurücknahme etwa schon ausgesprochener Entlassungen fordert. (Zur Zeit der Meldung durch die inwischen erfolgte Einigung mit der Regierung überholt es, läßt sich nach den zur Zeit vorliegenden Meldungen nicht nicht übersehen. D. Red.)

Wie die Reichsgewerkschaft mittels, ist sie von den Funktionären des Verkehrs und des Eisenbahnkongresses mitgeteilt worden, daß die Beschäftigten die Arbeit niederlegen wollen, falls die Ingenieure der beiden Werke die sich der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt haben, diese Posten nicht sofort niederlegen. (!)

Ultimatum der Regierung an die Berliner Telegraphenarbeiter.

Berlin, 8. Februar. Die unter Bruch des Tarifvertrags und unter Missbilligung der Gewerkschaftsleitung in den Streik eingetretenen Berliner Telegraphenarbeiter sind auf Verordnungen des Reichspostministers von ihren vorgelegten Beamten aufgefordert worden, die Arbeit sofort wieder anzunehmen. Bei dieser Aufforderung bis zum Donnerstag früh nicht Folge leistet, hat sich als entlassen zu betrachten.

Die Leistungen der Technischen Nothilfe.

Ueber die Einigung der Technischen Nothilfe zur Unterstützung der Eisenbahndirektionen im ganzen Reich wird mitgeteilt: Die Technische Nothilfe hat nach dem Stand vom Dienstagmorgen den Eisenbahndirektionen im ganzen Reich an technischen Postämtern zur Verfügung gestellt: Führerpersonal für rund 1000 Züge; 1200 Mann Begleitpersonal, weil über 5000 Mann Personal für die Aufrechterhaltung der Betriebsmittel, Schleife, Weichenanlagen und der sonstigen Hilfsarbeiten.

Verhaftung von Streikführern.

Recht, 8. Februar. Auf Grund der Verordnung des Reichspostministers wurde eine Reihe von Streikführern verhaftet. Der erste der Festgenommenen ist der festländische Stadtverordnete Göt.

Berlin hat Mist!

Berlin, 8. Februar. Berlin hat gestern um 10 Uhr abends wieder Wasser und Licht gehabt. Die eintreffenden Kampfen kammern auf. Es ist daher anzunehmen, daß der Streik der städtischen Arbeiter entweder bereits beendet ist, oder doch wenigstens die Notstandsarbeiten verrichtet werden.

Unter dem Druck der Tribünen.

Berlin, 8. Februar. Die sämtlichen Großberliner sozialdemokratischen Reichstagsdeputierten einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die am 7. Februar 1922 in der Vollversammlung der Reichsgewerkschaftlichen Betriebsräte zentrale Beschlüsse wurden unter dem Druck der Tribünen angenommen und bedeuten in keiner Weise einen Generalarbeitsstillstand. Wir erklären, daß unsere Redner das Wort nicht nahmen, weil sie mit der angeordneten Verhandlungsform keineswegs einverstanden sein konnten.

Wer regiert?

Der Eisenbahnerstreik ist nach den jüngsten Berliner Meldungen beendet. Die Verhandlungen, schließlich auch mit Mitgliedern der sozialistischen Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, fanden angefeindet unter dem starken Druck der Gewerkschaften, und diese wieder unter dem Druck der Straße, der Berliner Woblatenliste. Welche Zugeständnisse die Regierung in Wirklichkeit hat machen müssen, geht aus offensichtlich daraufhin feststellenden nicht hervor. Sie sind offensichtlich daraufhin feststellenden nicht hervor, als habe die Regierung einen neuen „Erfolg“ erzielt und ihre Autorität gemehrt. Nun, wir kennen die Erfolge des Kabinetts Reich zum Ueberdruß. Bismarck führte jeder dieser Erfolge näher zum Sumpf, der uns über kurz oder lang verschlingen muß, wenn nicht baldige eine Bänderung des jetzigen Burdesel und Kautarjes, der Rücksichtslosigkeit und des Würdemangels eintritt. Eine Regierung, die nur auf den Kräften der Gewerkschaften einberuht, mit deren Hilfe eine Ordnung auf Ränderung nach unaufrichtigen schweren Störungen und Schädigungen unseres Wirtschaftsorganismus mühsam zusammenstellen kann, hat weder Autorität im eigenen Lande, noch gar im Auslande. Eine Regierung, die „erfüllen“ will, darf nicht mit Sieben schöpfen. Was muß alle Dürftigkeit der Parteien, der Industrie, der Landwirtschaft, was helfen alle Steuern und Zwangsansätze, die doch nur neue Massen von Papier bringen, wenn das Wirtschaftsleben und damit die Erzeugungskraft für goldwerte Waren unserer produktiven Stände durch immer erneute Streiks und Lohnforderungen beunruhigt und gelähmt werden, die immer neue Preissteigerungen, damit neue Papiergeldmassen und neue Entwertung unserer Mark erzeugen. Es ist ein Kleinmiesismus von ungeheuerlichem Format, Erfüllung auch der unmöglichen feindlichen Forderungen zu versprechen, und gleichzeitig an der Forderung der einzig möglichen Grundlage für solche Erfüllung, umfassender, fleißiger, produktiver Arbeit immer wieder mitzumifren.

Solche Forderung aber muß unbedingt erfüllt werden in der beschäftigten Mitarbeitungsangestellte, die den Unternehmern das ohnehin knapper und knapper werdende Betriebskapital und damit unserer ganzen Produktion den Lebenssaft entziehen muß. Alles nur auf Befehl der Massen, die nur drohend die Kräfte zu spüren braucht, um die Männer der Wilhelmstraße in „Verhandlungswege“ auf die Knie zu zwingen.

Wir brauchen eine Kabinett des Willens und der Autorität. Es ist höchste Zeit, daß sich das Kabinett Reich zu einem solchen entwickelt. Die Ereignisse der letzten Tage bilden einen schlechten Ausfall für Genau. Man wird dort sehen, wie sich das Vertrauen im Auslande zu unserer heutigen Regierung entwickelt hat.

Die Verammlung wurde durch das Eindringen vom Kommunisten getört. Der Vetter der Verammlung ließ daraufhin durch die Schutzpolizei den Saal räumen und hob die Verammlung auf.

Radet in Berlin.

Die Ra. . . . daß der russische Volkswirtschaftsminister Radet sich nach in Berlin aufhalte, soll zutreffend sein. Es soll bei Verwandten in Berlin wohnen. Auch der Präsident der Sowjet-Union soll sich nach in Berlin befinden und in einem Hotel am Alexanderplatz wohnen. — Es ist in letzter Zeit schon wiederholt überall über bemerkt worden, daß die Reichsregierung und die ihr unterstellten Behörden russischen Kommunisten und Volkswirtschaften in ganz unbegreiflicher Weise weiteste Freiheiten gewähren.

Ein Saboteurakt in Eimburg.

Eimburg, 8. Febr. Ein Saboteurakt ist hier in der Nacht zum Dienstag verübt worden. Streckende Eisenbahner ließen eine Lokomotive auf die Drehscheibe fahren und brachten sie dann zum Stillstand. Die Eisenbahndirektion fehlte eine Befolgung von 10 000 Mark für die Ermittlung der Täter aus.

Erklärung des Reichstages

Leipzig, 8. Febr. Die der 'Leipz. Postzeitg.' von au...

Streikangelegenheiten gegen den kommunikativen Landtagsabst.

Leipzig, 8. Febr. Gegen den verantwortlichen Schrift...

Die Berliner Presse zum Streikabbruch

Berlin, 8. Februar. Die gesamte Berliner Presse gibt...

Der 'Tag' befaßt sich besonders das Arbeitsrecht...

Das 'Berliner Tageblatt' wendet sich dem Kaiser...

Der 'Vorwärts' stellt: Mit der Beendigung des Eisen...

Dr. Peters oberirdische Mission.

Berlin, 8. Februar. Die deutsche Regierung hat den...

Der amerikanische Botschafter für Deutschland.

Amerikan, 8. Februar. Einem Reuters-Telegramm aus...

Frankreichs Einwendungen gegen Genoa

London, 8. Februar. Eine Uebersetzung hat die gese...

Ein Antirundschauungsbesuch gegen London.

Paris, 8. Februar. In der Kammer wurde am Dienstag...

Der Schlussakt von Washington.

Paris, 7. Febr. Nach 10 Uhr wurde am Montag die...

Präsident Harding hielt nun seine Schlussansprache.

In der u. a. die Ergebnisse der Konferenz aus über...

der Wirtschaften vollkommen durchgeführt worden ist...

Die Rede fand ungehört Beifall. Nach einem aber...

135 000 kreisende böhmisches Bergarbeiter.

Wien, 7. Februar. Die Generalstreikpazelle, die im...

Die Härten der Getreidemalage.

Der Grund, warum die Malage, die doch eigentlich...

All diese Mängel in den Bestimmungen des Malage...

Die Durchführung des Gesetzes über die Regelung...

Weshalb in der Rheinprovinz sind die Klagen über...

Wir sind schon in eine Revision der Gebötte ein...

Die Reichsregierung bereit, in Verfolg dieser...

Die Ueberlastung mit Gemeindesteuern.

Von Direktor Gerling, Guben.

Hat scheint es, als sei im Jahre 1913 der absolute...

haben aber er wie die alten Zeiten und wie die über...

der Wintergrade des Wappens angegeben werden. ... Anzügen hat sich die Bahn in Bewegung gesetzt und ratter genüßlich ihrem Bestimmungsorte zu. ...

Letzte Depeschen

Heute abend Wiedereröffnung des Verkehrs.

Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtber.) Nach der letzten Meldung der Reichsverwaltung deutscher Eisenbahnen erfolgt die völlige Wiedereröffnung des Eisenbahnverkehrs im Reich heute abend.

Das Reichsverkehrsministerium erklärt, daß der Dienst im Laufe des heutigen Tages unbedingt wieder in Gang kommen müsse.

Leipzig, 8. Febr. (Eig. Drahtber.) Da die Meldung vom Abbruch des Eisenbahnverkehrs erst heute morgen allgemein bekannt wurde, war die Zahl der sich zum Dienst meldenden Beamten in den ersten Vormittagstunden noch nicht sehr groß. ...

Zurückziehung der Postbeamten-Etreifenanforderung

Berlin, 8. Februar. Wie mitgeteilt wird, hat sich der Aktionsausschuß des Reichsverkehrs der Post- und Telegraphenbeamten am Dienstag abend entschlossen, seine Aufforderung zum Streik gegen am Mittwoch morgen acht Uhr zurückzuziehen. ...

Die Streikabstimmung in den Berliner Betrieben

Nach der bisherigen Feststellung eine große Mehrheit für den Streik.

Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtber.) Heute vormittag hat in den hiesigen Betrieben die Abstimmung bis 11 Uhr stattgefunden. Es liegen nur folgende Ergebnisse vor: Für die Fortsetzung des Streiks haben gestimmt im Gaswerk Danziger Straße 1604, dagegen 88; im Gaswerk ...

Morgen Regierungserklärung im Reichstage.

Berlin, 8. Februar. (Eig. Drahtber.) Die nächste Plenarsitzung des Reichstags ist auf Donnerstag 3 Uhr nachmittag angesetzt worden. Auf der Tagesordnung wird eine Regierungserklärung der Reichsregierung über den Eisenbahnstreik gesetzt werden.

Die Krise in der Hagen-Schwelmer Metallindustrie.

Hagen, 8. Februar. Nachdem Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie des Kreises Hagen-Schwelmer zu keinem Ergebnis geführt haben, sind nunmehr die schließlichen sämtlicher Arbeitnehmer automatisch in Kraft getreten. ...

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtber.) Der Dollarkurs stand heute mittag 12 Uhr 200-201.

Augen der Arbeiter eines der Beamten, und er konnte seine Waffe nicht ziehen. Bald darauf ging es in geschloffenen ...

Aus Provinz und Reich

Schließung der hiesigen Schulen in Leipzig.

Leipzig, 7. Februar. Die Folgen des Eisenbahnstreiks machen sich in unserer Stadt mehr und mehr bemerkbar. Der Kohlenmangel legt nun auch den Schulunterricht lahm. ...

Da in den meisten hiesigen Schulen nur noch geringe Vorräte vorhanden sind und infolge des Eisenbahnstreiks innerhalb der nächsten Woche Kohlenzufuhren nicht zu erwarten sind, wurde beschlossene, sämtliche hiesigen Schulen auf acht Tage zu schließen.

Auf Tappeln in Gräfenstau.

Leipzig, 3. Februar. Als während des Wandertagespaars Karl und Wilhelmine Willes in Gräfenstau in der hiesigen Pfingstkirche der Ermordeten, der 1907 in Schwere ...

geben. Am nächsten Morgen ist er mit einer Drogabeit ein Scheunbreit und ist sich außerdem noch kalt und stein ...

Schweres Eisenbahnunglück.

Mün., 7. Febr. Wie die Eisenbahndirektion Köln mitteilt, fuhr der heute nachmittag von Neuf kommende Personenzug am Bahnhof Köln aus nach nicht aufgetackter ...

Wunderer Streik.

München, 4. Februar. Nach den Einigungsverhandlungen, die am Mittwochvormittag eingeleitet wurden und bis in die frühe Nacht dauerten, ist es gelungen, einen Tarif ...

Habenstreuz.

Kronach, 7. Februar. Eine unglückliche Kasseit ließ sich ein Ehepaar aus Gauselbach aufhaken kommen. Der ...

Die bereite Noth.

Bortum, 7. Februar. Der harte Frost hat die ostpreussischen Jagden Bortum, Juch, Korbrenn etc. von jedem ...

Volkswirtschaft - Handel - Verkehr.

Vom Viehmarkt.

Der Berliner Viehmarkt zeigte heute den ungeklärten politischen Lage in den gestrigen Vormittagstunden ...

Bunte Zeitung.

Eine neue Regierung.

In deutschen Zeitungskreisen, besonders denen, die mit dem Bau von Motoren zu tun haben, interessiert man sich ...

Verantwortliche Redaktion: Politik, Kritik, und prov. Zeitl. Dr. Hahn. - Sport: M. Döschner. - Angelegen. D. V. - Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt 2. Bahn. Halle. in Vertheilung.

Aus Kreis und Nachbarreisen

Zur Verhaftung Blättern.

Halle, 7. Febr. Ueber die Verhaftung Blättern und seiner Komplizen erfahren wir noch einige interessante Einzelheiten: Nach langen Bemühungen war es einem Mitglied ...



Beilage zu Nr. 33 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, 8. den Februar 1922

Die Demokratie als Arbeitgeber.

Die Reichseisenbahn steht wieder einmal im Mittelpunkt des Interesses. Die Eisenbahner streiken; die Regierung verbietet; die Eisenbahner streiken doch; was wird werden? Gibt die Regierung nach, so wird das Milliardenverzicht der Eisenbahnwirtschaft noch größer als es ohnehin schon ist, hält sie durch, wird das Defizit nicht kleiner. Und es erhebt sich über den endlichen Ausgang der Streikaktion, wie immer er ausfallen mag, als dringende Frage: Ist der demokratische Staat überhaupt in der Lage, als Staat die Eisenbahn im Staatsbetrieb wirtschaftlich zu leiten?

Die öffentliche Kritik an der Führung der Eisenbahngeschäfte ist scharf und leider nur allzu berechtigt. Der Betrieb funktioniert trotz erhöhtem Personal und gewaltigen Reparaturkosten, durch die die sog. Kriegsschäden längst getilgt sein sollten, höchst mittelmäßig; gerade der Kaufmann hat immer wieder Ursache zur Klage, da dauernde Betriebsstörungen und mangelhafte organisatorische Zusammenarbeit zwischen Betriebs- und Betriebsstellen seine Arbeit erschweren. Und es ist charakteristisch genug, daß diese Klagen vor allem den preußisch-hessischen Teil der jetzigen Reichsbahn gelten, der ehemals im alten Staate am besten klappte.

Die Organisation ist also nicht in Ordnung; denn sie ist den Ansprüchen, die vertechnisch an sie gestellt werden, nicht mehr gewachsen. Auch der Eisenbahnbetrieb des alten preussischen Staates arbeitete verhältnismäßig schmerzlich und bequeme sich aus Sparanstrengungen nur ungern zu Neuerungen. Aber er beruhte auf dem traditionellen Pflichtgefühl seiner Beamtenschaft. Der preussische Beamte wurde im Verhältnis zum Angestellten der Industrie mühsam entlohnt; aber er war Beamter, und der Unterschied im Gehalt wurde ausgeglichen durch die Ehre, Staatsdiener zu sein. Er war mit Wenigem zufrieden, weil der alte Staat als solcher im Ganzen sparsam wirtschaftete. Man kann nun heute beim besten Willen nicht behaupten, daß der nach demokratischen Muster modernisierte deutsche Soldat dasselbe tut. Es liegt nicht in seiner Natur; wo früher einer sah, sitzen jetzt viele; und diese Parole gilt für alle Dienststellen, für den Kopf so gut, wie für den Schwanz. Und so ist es nur logisch, daß der Beamte diesen Nichtsitzstaat, der mit selbstverständlicher Geite mehr ausübt als er hat, nicht mehr als Staat betrachtet, sondern als Arbeitgeber, und an ihn die Forderung stellt, wie der Arbeitnehmer an seinen Arbeitgeber. Das beweist der Streik nur zu deutlich; der Beamte fordert durch ihn sein Lebensrecht, das heißt: er preist auf die Ehre und will im Lohn mit dem Arbeitnehmer der Industrie gleichgestellt werden.

Der Staat aber arbeitet mit Defizit; er kann von sich aus die Forderungen gar nicht bewilligen, wenn er wirtschaftlich denkt. Denn er kann sie auf die Dauer nicht erfüllen, auch wenn er aus seinem Aktionär ohne Dividendenberechtigung, dem deutschen Steuerzahler, noch so viel neues Aktienkapital erpreßt. Es sei denn, daß er darauf verzichtet Staat zu sein und Arbeitgeber wird.

Das würde in der Praxis allerdings die Vorrechte der Beamtenschaft aufheben, zu mindert fast einschränken. Aber drängt die Entlastung innerhalb der Beamtenschaft, wie der Streik zeigt, nicht selbst zu einer deacartigen Lösung? Und der Staat wäre als Arbeitgeber verpflichtet, sowohl wirtschaftlich zu denken als wirtschaftlich zu arbeiten. Als Arbeitgeber kann er es sich nicht mehr leisten, ein Uebermaß von Arbeitern und Beamten zu beschäftigen, womit letzten Endes ja keinem wirtschaftlichen Arbeiter gedient ist. Als Arbeitgeber muß er organisieren und den Eisenbahnbetrieb so umgestalten, daß er wider das wird, was er sein soll: ein gut arbeitendes Verkehrsunternehmen, indem zu mindest Entnahme und Ausgabe balancieren.

Dazu ist keineswegs nötig, die Tarife mechanisch in die Höhe zu schieben und dann gläubig darauf zu warten, daß die Einnahmen sich erhöhen werden. Mechanische Tarifierhöhungen kommen immer zu spät und werden das Defizit niemals decken können, so lange der ganze Apparat zu kostspielig arbeitet. Und schon heute ist die Tarifschraube fast über Gebühr angezogen, da die Frachttarife der Eisenbahn dem allgemeinen Preisniveau nicht nachstehen. Nein: im Eisenbahnbetrieb muß grundsätzlich an die Stelle des Gehaltstarifs der Sachmann treten, und vor allem dürfen dort nur so viele Leute beschäftigt werden, wie der Betrieb es erfordert. Härten sind unvermeidlich. Aber es ist besser durch notwendige Härten das Ganze zu retten, als es durch verfehlte Nachgiebigkeit zu Grunde zu richten. Wird der heutige Staat sich umstellen können? Das ist die Frage, auf die es ankommt!

Es sieht nicht danach aus. Das neue Eisenbahnfinanzgesetz des Verkehrsministeriums, das jetzt beraten wird, fordert zwar die Selbstständigkeit des Verkehrsministeriums; aber es verzögert in keiner Weise irgendwie die Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Das allein aber ist maßgebend. Und so sollte sich das Verkehrsministerium endlich dazu beeilen, die ersten Vorarbeiten zu veröffentlichen, die ihm aus beruflichen Kreisen schon lange gemacht und jetzt wieder in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“ als Mindestprogramm für den inneren Neuaufbau der Reichseisenbahnverwaltung formuliert wurden, ehe es zu spät ist und als das Ergebnis staatlicher Bankrott-Politik das eintrifft, was das Verkehrsministerium am meisten zu fürchten scheint und so gern vermeiden möchte: die völlige

Entkalkulation der deutschen Eisenbahnen. Der Streik ist eine letzte Warnung, die gehört werden sollte.

Politische Rundschau Das Streikverbrechen in Berlin.

Den „E. N. N.“ wird aus Berlin gebracht: Des Ausbruch des „Generalkreiks“ der händischen Arbeiter in Berlin ist, je länger er dauert, eine ungeheure Erschütterung in der Bevölkerung aus. Ganz besonders sind es die Kranken, an denen die Streikenden das größte Verbrechen begehen. Aus den Berliner Kliniken kommen Klagen über Klagen, daß der Mangel an Wasser, Elektrizität und Gas zu geradezu entsetzlichen Folgen führt. Ungezählte Kranke mußten aus den Krankenanstalten entlassen werden. Zahlreich Leute, die unmittelbar vor der Operation standen, sind bereits gestorben, weil man ihnen nicht helfen konnte. Ganz besonders in den Entbindungsanstalten bringt der Streik die schwerste Notlage mit sich. Um ein Beispiel herauszugreifen, liegen im Friedrichstranckenhaus fast 200 Säuglinge, denen nicht die geringste Hilfe gebracht werden kann und die schweren Gefahren ausgesetzt sind. Infolge dessen hat Professor Dr. Langstein, der Direktor des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus, zumeist Befürchtung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Präoaktkrankenanstalten ein dringendes Telegramm an den Reichstag gerichtet, in dem er auf die überaus schwere Gefahr aufmerksam macht, in der sich die Patienten der Krankenanstalten bei der Sperrung von Gas, Wasser und Elektrizität befinden. **Unerwartung notwendig** Operationen, die an die Minute gebunden sind, konnten nicht durchgeführt werden. Auch sieht man es als ein Verbrechen an, daß die Streikenden der Bevölkerung das Wasser zu entziehen trachten, was bisher noch nicht einmal im politischen Hinblick geschehen ist.

Am Montagmorgen wurde in Berlin der private Fernsprecheberie so gut wie eingeleitet; mehrere Schulen mußten wegen Kohlenmangels geschlossen und zahlreiche Fabriken still gelegt werden. Eine Reihe von Zeitungen setzen sich gezwungen, das Erscheinen der Blätter einzustellen. Besonders grell beleuchtet die Not Berlins folgender

Hilfsfrei der Berliner Frauen.

Die Berliner Frauenverbände veröffentlichten folgende Erklärung:
„Der Streik in den lebenswichtigen Betrieben hat heute nacht die Berliner Bevölkerung in bitterste Not versetzt. Am meisten leiden jedoch wir Frauen und unsere Kinder. Weder Gas, noch Elektrizität, noch Wasser werden geliefert. Der



Berlin ist abgebrochen, wodurch eine ärztliche Versorgung für die Kranken kaum möglich ist. In dieser Jahreszeit, mit ihrer Kälte und Kälte bedeutet die Stilllegung dieser lebenswichtigen Betriebe ein Verbrechen an der Berliner Bevölkerung. Wir Frauen, die wir als unsere heiligste Aufgabe die Sorge für die Familie, für die Kinder und Kranken betrachten, wenden uns an die Regierung mit der dringenden Bitte, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Notstandsversorgung mit Gas, Elektrizität und Wasser aufrecht erhalten bleibt. Die Berliner Bevölkerung fordert wir jedoch auf, sich selbst gegen die Schädigungen ihrer Lebensbedürfnisse zu helfen. Stelle sich jeder Mann und jede Frau, die arbeiten können, der technischen Notfälle zur Verfügung, nur so kann es gelingen, die Not zu bannen.

Inzwischen hat sich ja durch das Eingreifen der technischen Notfälle die Lage etwas verbessert. Immerhin verdient dieses grauenhafte Ergebnis kommunistischer Hegearbeit als Menetekel und Zeugnis linksradikaler Kampfweise festgehalten zu werden.

Im Reichsfinanzministerium.

Der Reichsrat hat bekanntlich beantragt, das Reichsfinanzministerium als überflüssig überhaupt aufzuheben. Die Reichsregierung bittet, in einer Staatsanmerkung diesem Antrag nicht zuzustimmen. Sie hat dem Reichsausschuss eine Denkschrift beigelegt und sich bereit erklärt, eine Umformung des Reichsfinanzministeriums vorzunehmen. (Es wäre ja eine Pfeilfeder-Verminderung!)

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

Auf der gestrigen Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages fand die Beratung des Etats des Finanzministeriums. Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug der Vorsitzende die Vertagung der Sitzung vor, weil die Vertreter der einzelnen Parteien, die als Redner für das Finanzministerium im Frage kommen, zum Teil nicht anwesend sein könnten. Abg. Dr. Rosenfeld (LSPD.) beantragte darauf, die durch den Eisenbahnerstreik geschaffene Lage zu besprechen und erklärte, daß es notwendig sei, der Regierung zu sagen, daß sie mit ihrem schroff ablehnenden Standpunkt gegenüber den Streikenden nur dazu beitrage, den Streik zu verlängern. U. a. hat der Redner dafür ein, daß Preisregelungen nicht vorgenommen werden dürfen, und daß man gegenüber materiellen Forderungen der Streikenden ein Entgegenkommen beweisen müsse. Der Vorsitzende, Abg. Weilmann (SPD.), äußerte Bedenken, daß über einen Gegenstand im Hauptauschuß verhandelt werde, der nicht auf der Tagesordnung steht. Der Ausschuß schloß sich diesen Bedenken an und lehnte den Antrag Dr. Rosenfelds mit großer Mehrheit ab. Hierauf vertagte sich der Hauptauschuß.

Reichsausschuß für Ernährungsforschung.

Beim Reichsministerium für Landwirtschaft ist ein Reichsausschuß eingesetzt worden, der eine enge Verbindung

wischen den Vertretern der Ernährungswissenschaft und dem Ministerium herstellen soll. Zu den Ausführenden sind bisher berufen worden die Professoren: Dr. Emil Aderhalden in Halle a. S., Dr. Bauer in Potsdam, Dr. Ernst Bedemann in Berlin-Dahlem, Dr. Gottlieb Haberlandt in Dresden, Dr. A. Heidsieck in Dresden, Dr. Karl H. Hoffmann in Charlottenburg, Dr. A. Judenack in Berlin, Dr. E. Kemmermann in Berlin, Dr. med. Friedrich von Müller in München, Dr. R. D. Neumann in Bonn, Dr. Th. Paul in München, Dr. M. Rabener in Berlin, Dr. A. Wilschütz in München, und der Statistiker Dr. Rene Kugnitz in Jena. — Das Reichsausschussamt wird zu den Sitzungen des Ausschusses eingeladen.

Papier ins Ausland.

Während sich die deutsche Presse in größter Papiernot befindet und oft an einem Tage nicht sicher ist, ob sie am darauf folgenden Tag erscheinen können, sind nach der jetzt vorliegenden amtlichen Statistik für die Monate September bis Oktober u. J. in dieser Zeit rund 275 000 Doppelzentner Druckpapier im Werte von rund 180 Millionen Mark ins Ausland verkauft worden, zum größten Teile nach Nord- und Südamerika. Aber auch Italien, Großbritannien und die Niederlande haben eine erhebliche Menge deutschen Druckpapiers bezogen. Wieviel Druckpapier unter anderen Bezeichnungen hinausgeschmuggelt worden ist, entzieht sich der Feststellung. Von der Verbilligung der Papierpreise, die durch die Auslandsverkäufe erzielt werden sollte, hat die deutsche Presse leider nichts gemerkt. Im Gegenteil. Für Februar wird eine Preissteigerung gefordert, deren künftige Fortsetzung im März und weiterhin in höherer Ausdehnung liegt. Die Regierung sieht mit verengtem Blick auf die Papierpreise zu.

Eine Viehaußstellung in Berlin.

Bekanntlich herrscht in Amerika trotz der großen Anzahl von Viehherden eine starke Anzucht, die den Wert der Herden stark herabdrückt. Da Deutschland auch nach dem Kriege bezüglich des Viehstandes eine Mutterwirtschaft besitzt, ist die amerikanische Regierung an Deutschland mit dem Wunsche herangetreten, ihnen zur guten Anzucht von Jungvieh Unterstützung zu leisten. Die Ausstellung soll in Berlin stattfinden und bereits im März in die Wege geleitet werden. Von Seiten der Landwirtschaft wird man die Möglichkeit des Verkaufes von Vieh besser Gatte an das Ausland sehr begrüßen, da der Bedarf Amerikas ein großer ist und der Gewinn daher ein vielversprechender sein wird.

Die Veröffentlichung der Vorkriegs-Akten im Ausland.

Die Nachricht, daß im Auftrag des Anwärterigen Amtes im Februar die ersten sechs Bände der Vorkriegszeiten veröffentlicht werden, hat im Ausland großes Interesse hervorgerufen. Fast alle Staaten wünschen eine Uebersetzung des Werkes und sind bereits deswegen in Verhandlungen mit

Deutschland getreten. Sie verlangen, werden auch die andern Staaten sich dazu entschließen, ihre eigenen Akten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. (??)

Bunte Zeitung

Der erste Lampenzylinder.

Ein armer Schweizer, namens Argand, war der Erfinder des sogenannten Hochdruckes; er führte denselben in einem hohen Zylinder und ermöglichte es auf diese Weise, der Flamme auch im Innern Luft, beziehungsweise Sauerstoff zuzuführen. Im Anfang (1798) verwendete er einen über der Flamme befestigten Zughylinder aus Blech, welcher später durch einen solchen aus Glas ersetzt wurde. Interessant ist es nun, wie Argand auf die Idee kam, Lampenzylinder aus Glas zu verwenden. Wie bei vielen anderen Dingen, spielte auch hier der Zufall die Hauptrolle. Eines Tages war Argand in seiner Werkstatt beschäftigt und saß vor seiner brennenden Lampe, welche damals noch gar keinen Zylinder besaß. Sein in der Werkstatt anwesender kleiner Bruder spielte mit einer leeren gläsernen Zeifläsche, deren Boden durchgehoben war. Er stellte sie über die verschiedensten Gegenstände und schob sie endlich über die Flamme von Argands Lampe. Die Folge war, daß die Flamme mit bedeutend vermehrter Leuchtkraft durch den Flaschenhals emporstieß. Dieser einfache Zwischenfall brachte Argand auf die Idee der Lampenzylinder, durch welche seine Erfindung erst vervollkommen wurde.

Turnen, Spiel und Sport

Auch am nächsten Sonntag keine Verbandsspiele.

Wie eine amtliche Bekanntmachung des Saalegaulandes veröffentlicht, sind auch für den kommenden Sonntag, am 12. Februar, die Verbandsspiele der Herrenmannschaften im Saalegau infolge der unglücklichen Witterungs- und Verkehrsverhältnisse abgesetzt worden. Sicherlich wird sich dieser durchaus verständlichen Maßnahme auch der Saalekreisverband für die Jugend- und Knabenspiele anschließen müssen, so daß der kommende Sonntag abermal ein toter auf den Rosenfelden unserer Stadt werden wird. Die für Merseburger Vereine angelegten Spiele waren die beiden erstklassigen Sportvereinigungen Halle gegen Weißen, Merseburg, S. F. V. Verbandstreffen Sportverein 99 gegen Annendorf und Germania waren ohnedies Spielfrei.

Ein Spiel um die Mitteldeutsche Meisterschaft in Merseburg?

Die amtliche Terminliste für die Runde der Mitteldeutschen Meisterschaft sieht erstklassigweise auch ein Treffen für Merseburg vor, das am 4. April den Meister des Saalekreises (Halle) und des Elbtreiters (Magdeburg) zusammenzuführen soll. Als Platz ist, wie wir hören, die neue Platzanlage des Sportvereins 99 in Aussicht genommen. Schiedsrichter: Fuhs (Ballspielklub Leipzig).

